

Jahresauftaktklausur der Ost-SPD 2021_Beschlusspapier 01

Empfehlungen der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“: Bessere Repräsentation von Ostdeutschen und stärkere Netzwerkbildung

Die ostdeutsche SPD fordert seit mehreren Jahren eine breitere und differenzierte Diskussion über die Deutsche Einheit und die Folgen der Transformation in Ostdeutschland, die ost- und gesamtdeutsche Erfahrungen einbezieht, wissenschaftliche Erkenntnisse ausbaut, Lebensleistungen würdigt und mehr Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern schafft. Dazu braucht es auch symbolische Orte. Es geht darum, die Erfolge der Wiedervereinigung zu würdigen, aber auch eine zeitgenössische, differenzierte und kritische Aufarbeitung der letzten Jahrzehnte zu ermöglichen und öffentliche Debatten über die Zukunft zu führen, wie man Zusammenhalt und Chancengleichheit für Transformationsregionen sichern kann.

Die Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hat in ihrem einstimmig beschlossenen Abschlussbericht dazu 50 Handlungsempfehlungen unterbreitet.

Wir unterstützen diese überparteilich und gesellschaftlich breit getragenen Vorschläge und bitten die Bundesregierung, diese zügig umzusetzen. Die Handlungsempfehlungen sind sehr gut geeignet, dazu beizutragen, das Vertrauen der Ostdeutschen in die Demokratie, ihre Institutionen und Verfahren zu stärken, die Repräsentation der Ostdeutschen zu verbessern, die ostdeutsche Wirtschaft strukturell zu unterstützen sowie die Lebensleistungen und Erfahrungen der Menschen in den neuen Ländern sichtbar zu machen.

Da manche Maßnahmen Zeit brauchen, um volle Wirkung zu entfalten, ist ihre schnelle Umsetzung wichtig. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, die folgenden Maßnahmen in 2021 umzusetzen:

1. **Forschungsarbeit zur Repräsentation von Ostdeutschen.** Ein entsprechendes Projekt wurde vom BMFSFJ finanziert und lief Ende 2020 aus. Die Forschung zu diesem Thema muss dringend **fortgesetzt** werden.
2. **Aufbau von Netzwerken, Mentorenprogrammen und Begabtenförderwerken,** um Ostdeutsche besser in Führungspositionen zu bringen. Da solche Programme erfahrungsgemäß Zeit brauchen, muss ihr Aufbau zügig noch in diesem Jahr beginnen.
3. Netzwerkbildung der **ostdeutschen Wirtschaft.** Wir schlagen den Ausbau und die Neuorientierung des **Ostdeutschen Wirtschaftsforums** vor. Vor diesem Hintergrund ist eine Unterstützung durch die Bundesregierung und die Länder nötig.
4. Durchführung eines regelmäßigen **Deutschland-Monitors.** Die Regierungskommission hat mit ihrer Kurzstudie die Basis für einen solchen Monitor gelegt. Dessen regelmäßige Durchführung stellt einen besonderen Wert dar.
5. Umsetzung von Projekten zur **bürgernäheren Gestaltung des 3. Oktobers** wie #gemeinsam feiern und „Deutschland singt“.

Darüber hinaus **unterstützen wir die im Bericht vorgeschlagene Errichtung eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“.** Dieser Vorschlag muss zügig mit Leben erfüllt werden.

Wir befürworten den Plan der Kommission, **bis zum Frühsommer 2021 ein detailliertes Konzept zur Dimensionierung, zur Ausgestaltung und zu den Aufgaben des Zukunftszentrums auszuarbeiten.**

Das „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ soll eng mit internationaler Wissenschaft, mit Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft verwoben werden. Es kann so *„ein Ort der praxisorientierten Auseinandersetzung mit der Geschichte, aber auch der Zukunft von deutschen und europäischen Transformationsregionen“* entstehen, wie es im Kommissionsbericht heißt. *„Ein Wissensspeicher sowie ein Ort für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch, für nach vorn gerichtete Debatten – ein Ort der Begegnung, der Diskussion und der Problemlösung. (...) ein Ort, an dem zukunftssträchtige Ideen entwickelt werden, welche die Köpfe und Herzen der Menschen in Ost und West erreichen“*, gerade auch unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern. *„Ein Ort für Ausstellungen, der sich den Erfahrungen des Aufbaus Ost sowie der Würdigung gesellschaftlicher und individueller Lebensleistungen in den Reformprozessen nach 1990 widmet. Hierbei kann eine interdisziplinäre künstlerische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Phänomenen gesellschaftlicher Transformation stattfinden“*.

Wir unterstützen als Ost-SPD dabei explizit den Vorschlag der Kommission, dass das „Zukunftszentrum“ nicht nur in institutioneller, sondern auch in architektonischer Hinsicht eine Würdigung der Lebensleistung der Ostdeutschen in den Transformationsprozessen der vergangenen Jahrzehnte sein soll.

„Es geht um ein Bauwerk, dass auch architektonisch eine eigene Anziehungskraft entwickelt sowie Ausstrahlwirkung für die weitere Stadt- und Regionalentwicklung entfaltet“. Ebenso befürworten wir, dass der Standort des Zukunftszentrums im Zuge eines städtebaulichen Wettbewerbs unter interessierten ostdeutschen Städten festgelegt werden soll.